



Detailansicht des Registereintrags

Allianz SE

Aktuell seit 19.12.2025 15:50:36

Europäische Aktiengesellschaft (SE)

Registernummer: R001562

Ersteintrag: 25.02.2022

Letzte Änderung: 19.12.2025

Letzte Jahresaktualisierung: 27.06.2025

Tätigkeitskategorie: Sonstiges Unternehmen

Kontaktdaten:
Adresse:
Königinstraße 28
80802 München
Deutschland

Telefonnummer: +498938000

E-Mail-Adressen:

info@allianz.com

Webseiten:

<https://www.allianz.com>

Hauptstadtrepräsentanz:
Allianz Forum
Pariser Platz 6
10117 Berlin

Telefonnummer: +493020622711

E-Mail-Adresse: repraesentanz-berlin@allianz.com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

970.001 bis 980.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

3,73

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Oliver Bäte

Funktion: Vorsitzender des Vorstands der Allianz SE

2. Sirma Boshnakova

Funktion: Mitglied des Vorstands der Allianz SE

3. Dr. Barbara Karuth-Zelle

Funktion: Mitglied des Vorstands der Allianz SE

4. Dr. Klaus-Peter Röhler

Funktion: Mitglied des Vorstands der Allianz SE

5. Claire-Marie Coste-Lepoutre

Funktion: Mitglied des Vorstands der Allianz SE

6. Dr. Günther Thallinger

Funktion: Mitglied des Vorstands der Allianz SE

7. Christopher Townsend

Funktion: Mitglied des Vorstands der Allianz SE

8. Renate Wagner

Funktion: Mitglied des Vorstands der Allianz SE

9. Dr. Andreas Wimmer

Funktion: Mitglied des Vorstands der Allianz SE

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (22):

1. Claudia Donzelmann

2. Michelle Schmitz

3. Udo Fischer

4. Dr. Wilhelm Ruprecht

5. Sara Schott

6. Matthias Lange

7. Eva Meyer-Schipflinger

8. Ralf Chalupnik

- 9. Andreas Keßler**
- 10. Ina Biesel**
- 11. Uwe Michel**
- 12. Dr. Uta Sigl**
- 13. Antonia Schabel**
Tätigkeit bis 01/25:
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
- 14. Oliver Bäte**
- 15. Sirma Boshnakova**
- 16. Dr. Barbara Karuth-Zelle**
- 17. Dr. Klaus-Peter Röhler**
- 18. Claire-Marie Coste-Lepoutre**
- 19. Dr. Günther Thallinger**
- 20. Christopher Townsend**
- 21. Renate Wagner**
- 22. Dr. Andreas Wimmer**

Mitgliedschaften (23):

1. Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft e.V.
2. American Chamber of Commerce in Germany e.V.
3. Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA)
4. Atlantik-Brücke e.V.
5. Bitkom e.V.
6. British Chamber of Commerce in Germany e.V.
7. Charter of Trust Initiative
8. Collegium
9. Deutsches Aktieninstitut e.V.
10. Europäische Bewegung Deutschland e.V.
11. Finanzplatz München Initiative (FPMI)
12. Förderkreis der Deutschen Industrie e.V.
13. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV)
14. Gesellschaft für Versicherungswissenschaft (GVG)
15. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.
16. Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW)
17. Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
18. Wirtschaftsbeirat der Union e.V.
19. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
20. Wirtschaftsrat der CDU e.V.

21. Bundesvereinigung Energiespeicher Systeme e.V.
22. Charter der Vielfalt e.V.
23. Ostasiatischer Verein e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (18):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; EU-Gesetzgebung; Cybersicherheit; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Unfallversicherung; Klimaschutz; Bank- und Finanzwesen; Verbraucherschutz; Versicherungswesen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Allianz ist ein global aufgestellter Finanzdienstleister mit Tochtergesellschaften in großen Teilen der Welt. Über 100 Millionen Privat- und Unternehmenskunden setzen auf Wissen, globale Reichweite, Kapitalkraft und Solidität der Allianz, um finanzielle Chancen zu nutzen, Risiken zu vermeiden und sich abzusichern. Die Allianz SE ist die Holdinggesellschaft, der direkt und indirekt die einzelnen Tochtergesellschaften zugeordnet sind.

In der politischen Interessenvertretung ist es unsere Aufgabe, Positionen und Informationen aus dem Finanzdienstleistungs- und Versicherungssektor einzubringen. Hierzu stehen wir in Kontakt mit:

- EU-Kommission und EU-Parlament
- Bundesregierung und Bundesministerien
- Bundestag / Bundesrat
- Landesregierungen
- Deutsche und europäische Finanzaufsicht

Der Sitz des Teams der Hauptstadtrepräsentanz ist das Allianz Forum am Pariser Platz. Das Forum bietet eine Plattform des Dialogs und der interdisziplinären Arbeit. In diesem Zusammenhang werden auch Diskussionsveranstaltungen wie beispielsweise der "Allianz Impuls" durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. Anpassungen zum Legislativvorschlag über ein Rahmenwerk für den Zugang zu Finanzdaten (FiDA)

Beschreibung:

Mit dem Entwurf zu FiDA zielt die EU-Komm darauf ab, Unternehmen Zugang zu bei Versicherungen und Finanzinstituten gespeicherten Kundendaten zu geben, wenn Kunden dies wünschen. Die deutsche Versicherungswirtschaft sieht diesen Verordnungsentwurf äußerst kritisch, da die zu erwartenden finanziellen und personellen Aufwendungen des Vorhabens in keinem Verhältnis zum erkennbaren Nutzen für Unternehmen und Verbraucher stehen. Weitere Informationen siehe Stellungnahmen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungsindustrie.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [[alle RV hierzu](#)]; Datenschutz und Informationssicherheit [[alle RV hierzu](#)]; Digitalisierung [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Versicherungswesen [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2512190045](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [[alle SG dorthin](#)]

2. [SG2512190047](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [[alle SG dorthin](#)]

2. Maßnahmen der EU zur Vertiefung ihrer Kapitalmärkte (Spar- und Investitionsunion)

Beschreibung:

Ziel der Vertiefung der SIU ist es, für die grüne und digitale Transformation in der EU erforderliche private Investitionen zu mobilisieren. Als Einzelmaßnahmen werden u.a. eine Europäisierung des Aufsichtsrechts (Stärkung der Konvergenz) oder die Einführung eines europäischen Spar- bzw. Investitionsprodukts diskutiert. Wir unterstützen die Initiative für ein "Finance Europe"-Label, das an regulierte Anlageprodukte vergeben wird, die festgelegte Kriterien erfüllen. Es sollte auf erfolgreichen bestehenden Rahmenwerken aufbauen, nationale Kompetenzen respektieren und die langfristige Beteiligung von Privatkunden fördern. Bei der inhaltlichen Gestaltung der SIU schließen wir uns den aktuellen Positionen des GDV an.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]

3. Anpassungen im Legislativpaket zum Kleinanlegerschutz (Retail Investment Strategy, RIS)**Beschreibung:**

Ziel der Kleinanlegerstrategie ist Ausbau des Schutzes von Privatpersonen, um Investitionen an den Kapitalmärkten zu fördern. Diskutiert werden u.a. Änderungsvorschläge zur Versicherungsvertriebsrichtline (IDD), die folgende Themen betreffen: Wahrung des bestmöglichen Kundeninteresses, partielle Provisionsverbote, angemessener Kundennutzen (Value for Money). In Übereinstimmung mit dem GDV begrüßen wir die Zielsetzung der EU-Komm, die Beteiligung von Privatkunden an den Finanzmärkten zu erhöhen. Die Umstellung auf digitale Kundenkommunikation, eine einfachere Qualifizierung als professioneller Anleger sowie Förderung der Finanzkompetenz sind zu unterstützen. Bei der Zielerreichung befürworten wir die Vorschläge, bürokratischen Aufwand nicht weiter zu erhöhen.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Verbraucherschutz [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [**SG2512190137** \(PDF - 33 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [[alle SG dorthin](#)]

2. [**SG2512190141** \(PDF - 1 Seite\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [[alle SG dorthin](#)]

4. Anpassungen in der Delegierten Verordnung zu Solvency II**Beschreibung:**

Solvency II ist die rechtliche Grundlage für die Tätigkeit von Versicherungsunternehmen in der EU. Hinsichtlich der Überarbeitung der Delegierten Verordnung zu Solvency II, um sie an die geänderte Solvency II Richtlinie anzupassen, schließt sich die Allianz grundsätzlich den Positionen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungsindustrie an.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Versicherungswesen [[alle RV hierzu](#)]

5. Ausgestaltung der EU-Versicherungs-Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie (Insurance Recovery and Resolution Directive, IRRD)

Beschreibung:

Die Konkretisierung der kürzlich erlassenen Direktive zur Sanierung und Abwicklung von (Rück-)Versicherungsunternehmen erfolgt über in der Entstehung befindliche technische Regulierungs- und Durchführungsstandards u.a. zur Ausgestaltung von Sanierungs- und Abwicklungsplänen, Rolle und Befugnis der Abwicklungsbehörde. Bezuglich dieser Standards schließt sich die Allianz grundsätzlich den Positionen des GDV an. Aus Sicht der Allianz sind dabei von besonderer Bedeutung: Zeitnahe Rechtssicherheit bezüglich Anforderungen an die Erstellung von (Gruppen-) Sanierungsplänen, möglichst EU-einheitliche Definition von "kritischen Funktionen", praxisnahe Ausgestaltung der Interventionsrechte der Abwicklungsbehörden, proportionale und realistische Anforderungen an Abwicklungsplanung und Finanzierung.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

6. Ausgestaltung der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Beschreibung:

Die Nachhaltigkeitsberichterstattung ist für die Allianz als Ersteller und Nutzer von Daten wichtig. Die CSRD eignet sich mit ihrem Fokus auf doppelte Wesentlichkeit gut als standardisierte Entscheidungsgrundlage für Investoren. Wir begrüßen die Reduzierung regulatorischen Aufwands, sehen aber eine zu starke Reduzierung des Anwendungsbereichs von CSRD und CSDDD aufgrund der Nachteile für Datennutzer und bezüglich Sorgfaltspflichten kritisch. Die Streichung der Verpflichtung zu Transitionsplänen innerhalb der CSDDD sehen wir kritisch. Wir begrüßen die Rechtssicherheit, die die Änderung des LKSG und die CSRD-Umsetzung bringen. Bei der Überarbeitung der SFDR und vorgeschlagenen Einführung eines Kategorisierungssystems sollten die Besonderheiten des Versicherungssektors berücksichtigt werden.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- 1. SG2506230034 (PDF - 4 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 14.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

7. Reform der privaten Altersvorsorge

Beschreibung:

Angesichts der demographischen Herausforderungen hat die Stärkung der privaten Altersvorsorge herausragende Bedeutung. Wir begrüßen daher die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform der Riester-Rente, insbesondere die Befreiung von bürokratischen Hemmnissen, die Beibehaltung der privatwirtschaftlichen Ausgestaltung, die Ausweitung des Kreises der Förderberechtigten sowie eine vereinfachte staatliche Förderung besonders für Personen mit geringen und mittleren Einkommen. Wichtig ist eine Angebotsvielfalt, die für unterschiedliche Wünsche und Bedürfnisse passende Vorsorgekonzepte mit passendem Chancen-Risiko-Profil bietet. Entscheidend für eine zuverlässige Absicherung des Lebensstandards und die Realisierung des sozialpolitischen Förderzwecks ist eine Verrentung in der Auszahlphase.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14027 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge und zur Einführung eines Altersvorsorgedepots (Altersvorsorgedepotgesetz)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Gesetz zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge (pAV-Reformgesetz) (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

AltZertG [alle RV hierzu]; AltvDV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

8. Diskussionen um die Einführung einer Elementarschaden-Pflichtversicherung

Beschreibung:

Einige Stimmen in der Gesellschaft fordern die Einführung einer Pflichtversicherung für Elementarschäden. Die Allianz hat sich in die Positionierung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft eingebracht und trägt das dort entwickelte Gesamtkonzept mit. Dieses Gesamtkonzept enthält drei Kernelemente:

1. Verbindliche Schritte zur Klimafolgenanpassung
2. Versicherungsschutz für private Hauseigentümer
3. Vorsorge für den katastrophalen Kumulschadenfall

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

9. Konsultation Strommarktdesign der Zukunft (BMWK)

Beschreibung:

Deutschlands Stromversorgung steht mitten in einem Paradigmenwechsel: Angestrebt wird ein steigender Anteil an erneuerbaren Energien bei Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. Erforderlich ist u.a. ein passender Investitionsrahmen sowohl für die

erneuerbaren Energien als auch für "steuerbare Kapazitäten". Die Allianz bringt sich in die politische Debatte um das neue Strommarktdesign aus der Perspektive eines institutionellen Investors ein: Jede Art von Einkommensunsicherheiten erhöht die Kapitalkosten (Risikoprämie). Somit ist ein System ohne Marktwertkorridor und mit produktionsunabhängigen Zahlungen anzustreben.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410180006 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

10. Reform des Beschäftigtendatenschutzes

Beschreibung:

Im Oktober 2024 wurde ein Entwurf eines Beschäftigtendatengesetzes bekannt. Der Entwurf enthält u.a. Detailregelungen zur Datenverarbeitung, Regelungen zu Einwilligung und Datenschutzrechten der Beschäftigten, wie auch ein Mitbestimmungsrecht in Bezug auf die Benennung des Datenschutzbeauftragten. Der Entwurf des Gesetzes geht damit weit über die bisherigen Regelungen des § 26 BDSG hinaus. Die Allianz setzt sich für die nach DSGVO und BDSG intendierte Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten sowie für praxisbezogene Regelungen ein.

Betroffenes geltendes Recht:

BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

11. Diskussionen um private Finanzierung von Infrastruktur (Errichtungsgesetz Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz, Deutschlandfonds)

Beschreibung:

Über den Koalitionsvertrag verteilt finden sich verschiedene Ankündigungen zur Mobilisierung und Hebelung privaten Kapitals, u.a. für Infrastrukturzwecke. Die Allianz bringt sich aus der Perspektive eines institutionellen Investors in die Debatte ein. Zwar bieten sich überall auf der Welt Investitionsmöglichkeiten, der Standort Deutschland profitiert im internationalen Vergleich aber bislang wenig von privaten Investitionen in Infrastruktur (umgekehrter "Home Bias").

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/779 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIKG)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

12. Ergänzende Altersvorsorge (Pensionspaket u.a. PEPP, IORP)**Beschreibung:**

Mit der Initiative zur ergänzenden Altersvorsorge zielt die EU-Komm darauf ab, ihren Bürgern im Ruhestand ein angemessenes Einkommen zu sichern. Die vorgeschlagenen Maßnahmen, u. a. zur PEPP-Regulierung sowie zur IORP-II-Richtlinie, sollen die gesetzlichen Pensionssysteme der Mitgliedsstaaten ergänzen. Bei der Ausgestaltung der ergänzenden Altersvorsorge schließen wir uns der Position des GDV an. Insbesondere die PEPP-Kriterien, die eine Einführung bisher erschwert haben, sollten im Rahmen der Verhandlungen auf EU-Ebene adressiert werden. Wir haben uns an der Konsultation zur PEPP beteiligt: https://finance.ec.europa.eu/regulation-and-supervision/consultations-0/targeted-consultation-supplementary-pensions-2025_en

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

13. Ausgestaltung Frühstart-Rente**Beschreibung:**

Wir begrüßen die Frühstart-Rente und die Ziele einer besseren Finanzbildung und einer Stärkung des Bewusstseins für privaten Vorsorgebedarf. Positiv sind die geplante freiwillige und privatwirtschaftliche Organisation. Für die Attraktivität der Frühstart-Rente sind eine unbürokratische, einfache und digitale Gestaltung wichtig. Da der diskutierte staatliche Zuschuss allein nicht ausreicht, um eine Altersvorsorge aufzubauen, sollten ergänzende private Einzahlungen und eine Fortführung nach dem 18. Lebensjahr in Form einer privaten Altersvorsorge möglich sein. Die Auszahlung sollte als lebenslange Rente erfolgen, um eine dauerhafte Absicherung des Lebensstandards und Förderzwecks zu gewährleisten. Die Frühstart-Rente kann Reformen in der 2. und 3. Säule der Alterssicherung nicht ersetzen.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

14. Stärkung der betrieblichen Altersversorgung**Beschreibung:**

Wir begrüßen die Ziele der Bundesregierung, die betriebliche Altersversorgung zu stärken, deren Verbreitung auszuweiten und die Förderung von Geringverdienern zu verbessern. Aus Sicht der Allianz kann dies nur gemeinsam mit den bestehenden Durchführungswegen und

Versorgungswerken gelingen. Es ist daher wichtig, dass diese im Interesse der Anwärter und Rentner sowie die der Versorgung zusagenden Arbeitgeber weiterhin gleichberechtigt gefördert werden. Wir setzen uns zudem für die grundsätzlich freiwillige bAV ein. Die angekündigte Digitalisierung und Entbürokratisierung der betrieblichen Altersversorgung sind positiv und können deren Attraktivität noch steigern.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[de-allianz-se-geschaeftsbericht-2024.pdf](#)